

Es informiert Sie	Runa Freiter
Telefon (0202)	563 - 4159
Fax (0202)	563 - 8050
E-Mail	verkehrsausschuss@stadt.wuppertal.de
Datum	18.04.2013

Niederschrift

über die öffentliche Sondersitzung des Ausschusses für Verkehr (SI/3283/13) am 18.04.2013

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Andreas Weigel ,

von der CDU-Fraktion

Herr Heinrich Bieringer , Herr Hans-Jörg Herhausen , Frau Ute Mindt , Herr Kurt-Joachim Wolfgang ,

von der SPD-Fraktion

Herr Volker Dittgen , Herr Arif Izgi , Herr Detlef-Roderich Roß ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Bettina Brücher , Frau Anja Liebert ,

von der FDP-Fraktion

Herr Ralf Otto Jacob ,

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Gerd-Peter Zielezinski ,

von der WfW-Fraktion

Herr Bernd Kleinschmidt ,

als sachkundige Einwohner/in

Christian Bruch , Herr Lorenz Hoffmann-Gaubig , Herr Frank Riße ,

von der Verwaltung

Herr Martin Lorenz , Herr Frank Meyer , Frau Hannelore Reichl

Schriftführerin

Frau Runa Freiter

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 14:40 Uhr

I. **Öffentlicher Teil**

**1 Durchführung zusätzlicher investiver Straßenbaumaßnahmen (Beseitigung von Frostschäden)
Vorlage: VO/0362/13**

Herr Dittgen (SPD) geht davon aus, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung einen Vorschlag unterbreitet, für welche Maßnahmen die Mittel verausgabt werden sollen.

Herr Meyer (Verwaltung) stellt klar, dass es sich um investive Maßnahmen handelt und nicht um Schlaglochbeseitigung. Die damit gemeinte grundhafte Erneuerung von Straßen setzt umfangreiche Vorarbeit in Planung, Abstimmung mit den Leistungsträgern, Ausschreibung etc. voraus, sodass zwar die Auftragserteilung in 2013 vorgesehen ist, jedoch die Ausführung je nach Witterungslage erst 2014 beginnen kann.

Frau Reichl (Verwaltung) ergänzt, dass die zusätzlichen 2 Mio. Euro für große Substanzerneuerungsmaßnahmen eingesetzt werden sollen, evtl. dort, wo Beitragsverfahren durchgeführt werden können. Sie geht davon aus, dass die Durchführungsbeschlüsse nach der Sommerpause vorgelegt werden.

Herr Dittgen zitiert die Überschrift der Drucksache und bittet, die Frostschädenbeseitigung auch durchzuführen, insbesondere in Tempo-30er Strecken und -zonen.

Herr Bieringer (CDU) bittet, die Drucksache auch den Bezirksvertretungen zur Kenntnis zu geben; dem wird zugestimmt.

Herr Zielezinski (Die Linke) fragt zu den Angaben in der Drucksache, ob sein Eindruck richtig sei, dass die Friedrichstraße so konzipiert worden sei, dass das Natursteinpflaster dem Busverkehr nicht stand hielte.

Frau Reichl erläutert, dass vor 25 Jahren das Großpflaster mit Städtebau-

förderungsmitteln gelegt wurde und Pflasterstraßen generell einen höheren Pflegebedarf haben. Die Verfassung müsse erneuert werden, damit sie der hohen Schubbelastung der Busse beim Bremsen und Anfahren standhält.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann-Gaubig teilt sie mit, dass Treppensanierung nicht daraus finanziert werden kann, jedoch Fußgängerbereiche unter den Titel fallen.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 18.04.2013:

Es wird empfohlen, gemäß Beschlussvorschlag (ungeändert) zu entscheiden:

1. Der Rat der Stadt genehmigt im Finanzplan 2013 außerplanmäßige Ermächtigungen in einer Höhe von 2 Mio. € für zusätzliche Investitionen im Straßenbau.
Zur Deckung werden Kreditermächtigungen für die Durchführung von Hochbaumaßnahmen in Anspruch genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Verkehrsausschuss zur nächsten Sitzung das weitere Vorgehen zur Umsetzung darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

2 Ergänzungsantrag zu VO/0362/13 - Durchführung zusätzlicher Straßenbaumaßnahmen Einrichtung von Radfahrstreifen oder -wegen Vorlage: VO/0368/13

Frau Liebert (Bündnis 90/Die Grünen) begründet die Notwendigkeit des Ergänzungsantrages.

Herr Meyer (Verwaltung) informiert, dass er bei seinem Amtsantritt eine Weisung erteilt hätte, die Anlegung von Radwegen oder -streifen bei jeder Straßenbaumaßnahme zu prüfen; diese würde auch zu 100% umgesetzt.

Herr Hoffmann-Gaubig (ADFC) bekundet sein Interesse aus Sicht des Radverkehrs an der Prüfung, was möglich ist, und unterstützt den Antrag der Grünen. Er stellt fest, dass es keine Beschlusslage dazu gibt und wünscht, dass ein Beschluss herbeigeführt wird, um den politischen Willen zu dokumentieren.

Der Vorsitzende führt aus, dass der Ausschuss diese Aufgabe nicht an sich ziehen will und dass es das laufende Geschäft der Verwaltung sei. Diese sei Rechenschaft schuldig, wenn sie im Einzelfall die Prüfung unterlässt.

Herr Dittgen (SPD) stellt u.a. fest, dass es bereits geübte Praxis der Verwaltung ist, von daher der Antrag im Grunde erledigt sei.
Der Vorsitzende und der Beigeordnete teilen diese Meinung.

Frau Liebert (Bündnis90/Die Grünen) möchte jedoch nicht bei jeder einzelnen Straßenbaumaßnahme nachfragen müssen und möchte einen grundsätzlichen Beschluss des Gremiums dazu herbei führen. Ihr ist wichtig, das Thema Einrichtung von Radfahrstreifen und -wegen ins Bewusstsein rücken und politisch zu unterstützen. Die Argumentation, Dinge zum laufenden Geschäft der Verwaltung zu machen, sei nicht zielführend, weil sich Politik damit irgendwann

auch selber abschaffen würde.

Der Vorsitzende schlägt vor, darüber abzustimmen, dass der Antrag als erledigt gilt.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 18.04.2013:

Der Ergänzungsantrag wird in der Sache für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und eine Gegenstimme der Fraktion Die Linke

Andreas Weigel
Vorsitzender

Runa Freiter
Schriftführerin